

## **Kommunen sollten Vorbilder und Vorreiter bei der Energiewende sein**

Alexander Sladek über die Bedeutung der Energienetze für die Kommunen

Kleines Wiesental (hf). Rund 30 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung des Vereins „Erneuerbare Energien Kleines Wiesental“ gefolgt und ließen sich im Tegernauer Wirtshausmuseum Krone von Alexander Sladek, Vorstand der Netzkauf EWS eG, über die Rekommunalisierung der Energienetze informieren. Im Zuge einer Weiterentwicklung der Energiewende zur Bürger-Energiewende kommt den Energienetzen eine besondere Bedeutung zu, führte Alexander Sladek aus. Bei der Rückführung der Netze in das Eigentum der Bürger kommt dabei den Kommunen eine ganz besondere Rolle zu. „Die Kommunen sollten bei dieser Entwicklung Vorbilder und Vorreiter sein“, betonte der EWS-Vorstand.

In der Einleitung gab Alexander Sladek einen Überblick über die verschiedenen Energienetze und ihre jeweilige technische Leistungsfähigkeit. In der Regel gehören die lokalen Netze großen Unternehmen, die über den Netzbetrieb Konzessionsverträge mit den Kommunen abschließen. Ein risiko-armes Geschäft, wie der EWS-Vorstand ausführte, denn den Netzbetreibern sind gesetzlich Erlösobergrenzen gewährt, in denen Verzinsungen von sieben bis neun Prozent des investierten Kapitals festgeschrieben sind. Hält ein solches Unternehmen den Netzbetrieb nicht für wirtschaftlich genug – zum Beispiel bei großen Flächengemeinden mit wenig Einwohnern - , dann kann es den Netzbetrieb ablehnen. In einem solchen Fall ist die Kommune verpflichtet, im Sinne der „kommunalen Daseinsvorsorge“ den Netzbetrieb selbst zu übernehmen. Um von Großunternehmen unabhängig zu werden und selbst wieder Eigentümerin der kommunalen Energienetze zu werden, streben mehr und mehr Kommunen danach, die Netze wieder in kommunale Hand zu übernehmen. Dieser Entwicklung stehen aber nicht unerhebliche Widerstände entgegen, wie Alexander Sladek ausführte. Die rechtssichere Übernahme der Energienetze durch die Kommunen ist mangelhaft, die derzeit geltenden Regeln sind so ausgelegt, dass im Zweifel zugunsten des Altkonzessionärs entschieden werden muss. Die Vorschriften des Kartellamts verhindern einen fairen Wettbewerb. Weiteres Ungleichgewicht ist bei der Einführung des Freihandelsabkommens TTIP zu erwarten. Im Vertragsentwurf – soweit er bekannt geworden ist – ist eine sogenannte „Stand-still-Klausel“ enthalten, nach der ein bereits erreichter Grad an Liberalisierung (sprich: Privatisierung) nicht wieder unterschritten werden darf. Damit wäre es unmöglich, die Energienetze wieder in das kommunale oder Bürger-Eigentum zu überführen. Angesichts der angestrebten Energiewende sowie des hohen Anteils von Bürgerengagement bei der Schaffung erneuerbarer Energiequellen ist aber die Verfügungsgewalt über die Energienetze und die Unabhängigkeit in der Energieversorgung für die Kommunen – und damit für die Bürger – ein ganz entscheidender Faktor. „Es liegt in der Hand der Kommunen“, so Alexander Sladek, „ob sie ihre Energienetze und die Daseinsvorsorge für die Bürger wieder in die eigenen Hände nehmen oder sie bei Großunternehmen belassen wollen.“ Am Beispiel der neu gebildeten „Energieversorgung Titisee-Neustadt“ erläuterte Alexander Sladek wie ein Modell aussehen kann, bei dem die Kommune mit einer Bürger-Genossenschaft und einem lokalen Netzbetreiber die Energieversorgung der Bürger sowie des lokalen Gewerbes zurück übernehmen und für alle Beteiligten gewinnbringend organisieren kann.